



Ein klarer Vorstoß für mehr Sicherheit auf Europas Straßen!

Das Problem ist nicht neu: es gibt einheitliche europäische Regelungen, die der Sicherheit, dem fairen Wettbewerb und den sozialen Aspekten gerecht werden wollen und alles spricht im Grunde dafür, dass mit dem Regelwerk auch große Fortschritte gemacht werden könnten. Und trotzdem werden die Ziele nicht oder nur teilweise erreicht. Dann beginnt das große Grübeln. Was müssen wir verbessern? Sollten wir die Regelungen überarbeiten, neue schaffen oder komplett umbauen? Aber ist dies immer der richtige Ansatz?

Im konkreten Fall geht es mir um die Sozialvorschriften im Straßenverkehr. Um Europas Straßen sicherer zu machen und um eine Verzerrung des Wettbewerbs im Transportgewerbe zu verhindern gibt es einheitliche europäische Vorschriften über die Lenk- und Ruhezeiten und zu den Regelungen des Fahrtschreibers. Dennoch gibt es Ungerechtigkeiten, Wettbewerbsverzerrungen, übermüdete Fahrer und frustrierte Unternehmer! Ist deswegen eine komplette Überarbeitung der Vorschriften notwendig?

Die Kommission hat einen Bericht vorgelegt dessen Ergebnis mehr als ernüchternd ist: Obwohl in allen Mitgliedstaaten dieselben Vorschriften gelten gibt es massive Unterschiede in der Umsetzung. Jede Vereinheitlichung und positive Auswirkung auf die Sicherheit und den Wettbewerb gehen damit wieder verloren. Besonders betroffen sind Transportunternehmen und LKW-Fahrer. So kann zum Beispiel für ein und dasselbe Delikt - je nachdem wo man gerade unterwegs ist - die Strafe zwischen 300 und 5000 Euro ausmachen.

Europas Transportunternehmen fordern eine einheitliche Vorgehensweise und mehr Rechtssicherheit! Das Europäische Parlament hat diese Notwendigkeit erkannt und den Transportausschuss mit dem Thema betraut. Als Berichterstatterin hatte ich die Möglichkeit die Linie des Parlamentes klar vorzugeben: Nur eine gesamt europäische Koordinierung kann eine einheitliche und effiziente Vorgehensweise garantieren. Die von Land zu Land unterschiedlichen Strafraumen bei Delikten lassen Lkw-Fahrer zu Scheinkriminellen werden. Um zum Beispiel den hohen Strafen in einem Mitgliedstaat zu entgehen 'fliehen' Lkw-Fahrer oft in jenes Land, das eine niedrigere Strafe vorsieht und weniger scharf kontrolliert.

Diese unterschiedlichen Kontrollen in den Mitgliedstaaten führen zu großen Unsicherheiten bei den Fahrern und Unternehmen. Hier ist vor allem auch eine bessere Ausbildung des Kontrollpersonals gefragt. Die Kontrollen müssen europaweit koordiniert werden und eine einheitliche Kategorisierung der einzelnen Verstöße gegen die Sozialvorschriften muss geschaffen werden. Nur so können wir die Bedingungen auf Europas Straßen verbessern und letztendlich hohe Sicherheit garantieren.

Ich habe mich während der ganzen Debatte für eine weitere Harmonisierung stark gemacht und die mehrheitliche Zustimmung für meine Vorschläge macht mich sicher: Die unterschiedlichen Behandlungen bei den LKW-Kontrollen müssen endlich ein Ende haben!

Eine weitere besonders wichtige Forderung betrifft die Infrastruktur entlang des europäischen Straßennetzes. Wenn die Ruhezeiten eingehalten werden sollen, dann muss dies auch faktisch möglich sein. Daher wird es unbedingt notwendig sein, dass ausreichend aber vor allem auch sichere Parkplätze gebaut werden. LKW-Fahrer beklagen sich zu Recht, dass es in manchen Mitgliedstaaten überhaupt nicht möglich ist ihre Fracht alleine und unbeaufsichtigt stehen zu lassen ohne Gefahr zu laufen, anschließend 'erleichtert' worden zu sein.

Nach der erfolgreichen Abstimmung im Plenum sind nun Kommission und Mitgliedstaaten gefordert, sich mit dem Thema ernsthaft auseinander zu setzen und dazu beizutragen, dass die bereits bestehenden europäischen Regelungen in Dienste der Straßenverkehrssicherheit und des fairen Wettbewerbs einheitlich umgesetzt werden. Der europäische Rahmen steht - was wir jetzt brauchen sind nicht wieder neue Richtlinien und Verordnungen sondern eine konsequente Umsetzung der bestehenden Vorschriften in allen Mitgliedstaaten!

